

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen e.V.

Sektion der War Resisters' International (WRI)

Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen
c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstr. 10, 55116 Mainz
dfgvkhessen@t-online.de www.dfg-vk-rlp.de www.dfg-vk-hessen.de



30. Juli 2021

Honorarkonsul der Ukraine
Herrn Dr. h.c. Hansjürgen Doss
Schillerplatz 7 (IHK für Rheinhessen)
55116 Mainz

Besorgnis

- ◆ wegen der politisch motivierten Verfolgung des Pazifisten Ruslan Kozaba in der Ukraine
- ◆ um Leben und körperliche Unversehrtheit von Ruslan Kozaba

aus Anlass

- ◆ des Prozesstermins am 5. August 2021 und
- ◆ der Mahnwache auf dem Schillerplatz am Montag, 2. August, 12 Uhr

Sehr geehrter Herr Dr. Doss,

für den 5. August 2021 hat das Gericht in Kolomyja (Oblast Iwano-Frankiwsk) erneut eine Anhörung im Strafverfahren gegen Ruslan Kozaba angesetzt.

Am 23. Juni 2021 wurde Ruslan Kozaba am Bahnhof Iwano-Frankiwsk erneut von Rechtsextremisten überfallen, die den Überfall filmten und das Video veröffentlichten. Er wurde mit einem Desinfektionsmittel bespritzt, so dass die Sehkraft auf einem Auge bis jetzt noch nicht wiederhergestellt ist. Einen der Angreifer identifizierte Ruslan als einen lokalen Anführer des „Rechten Sektors“ (Правий сектор), gleichzeitig Polizist.

Der Gerichtstermin ist der Anlass für unsere Mahnwache gegenüber Ihrem Honorarkonsulat auf dem Schillerplatz am Fastnachtsbrunnen am Montag, dem 2. August 2021 von 12 bis 13 Uhr. An der Mahnwache beteiligen sich die Landesverbände Rheinland-Pfalz und Hessen der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, Connection e.V., attac Mainz, der Mainzer Verein Linkswärts e.V. sowie die Regionalgruppe Mainz des Versöhnungsbunds.

Am Tag des Prozesses werden die „Fastenaktion bis zum Abzug der Atomwaffen aus Deutschland (Büchel)“, die Berliner Initiative „Freiheit für Ruslan Kotsaba“ sowie die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Nordrhein-Westfalen mit einer Mahnwache vor dem Generalkonsulat der Ukraine in Düsseldorf gegen die Verfolgung von Ruslan Kozaba protestieren.

Ruslan Kozaba ist Journalist und Pazifist. Er wird seit 2015 verfolgt, weil er seine pazifistische Überzeugung und seine Kritik am Krieg öffentlich geäußert hat und zur Kriegsdienstverweigerung aufgerufen hat.

Er wurde 2016 zu 3½ Jahren Gefängnis verurteilt. Amnesty International hatte ihn als Gewissensgefangenen anerkannt. Nach 16 Monaten in Haft und nach einer internationalen Solidaritätskampagne

wurde er freigesprochen und freigelassen. Doch 2017 wurde der Freispruch aufgehoben und das Verfahren wieder aufgenommen. Für uns ist deutlich, dass es sich bei der nun seit sechs Jahren bestehenden Strafverfolgung um eine politisch motivierte Verfolgung handelt.

Meinungsfreiheit, Gewissens- und Religionsfreiheit sowie das Recht auf Militärdienstverweigerung sind fundamentale Rechte, die sowohl in der Verfassung der Ukraine als auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert sind.

Niemand sollte bestraft werden, weil er von seinem Recht auf Meinungsfreiheit Gebrauch macht und sich für Frieden und Kriegsdienstverweigerung ausspricht.

Hier in Mainz wird das Schicksal von Ruslan Kozaba besonders aufmerksam verfolgt. Als er das erste Mal inhaftiert war, sprach 2016 seine Frau Uljana Kozaba in Mainz bei einer gut besuchten Veranstaltung im Rahmen der damaligen internationalen Kampagne für die Freilassung von Ruslan Kozaba. Bei einer weiteren Veranstaltung 2018 konnten wir Ruslan Kozaba persönlich begrüßen.

Wir erklären uns solidarisch mit Ruslan Kozaba und fordern die Ukraine dringend dazu auf, die gegen ihn gerichtete politische Verfolgung zu beenden und das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit in der Ukraine zu gewährleisten, das auch die Befürwortung der Kriegsdienstverweigerung einschließen muss.

Angesichts des erneuten Überfalls von Rechtsextremen auf Ruslan Kozaba fürchten wir mehr als zuvor um sein Leben und seine körperliche Unversehrtheit. Wir fordern den ukrainischen Staat auf, die Sicherheit Ruslan Kozabas und anderer bedrohter Journalisten und Journalistinnen zu gewährleisten und den rechtsextremen Banden Einhalt zu gebieten.

Wir fordern ebenso dringlich, zu garantieren, dass pazifistisch gesinnte Menschen in der Ukraine, darunter auch die Mitglieder der Український Рух Пацифістів (Bewegung Ukrainischer Pazifisten), frei ihre Meinung äußern und sich gewaltfrei politisch betätigen können.

Nicht zuletzt fordern wir die Ukraine auf, nicht nur die Befürwortung der Kriegsdienstverweigerung, sondern auch das Recht auf Kriegsverweigerung in vollem Umfang zu gewährleisten.

Selbstverständlich ist uns die schwierige Lage der Ukraine bewusst. Umso wichtiger ist es, dass sich auf allen Seiten pazifistische gesinnte Menschen Nationalismus und Aggression widersetzen. Nötig sind Deeskalation und eine völkerrechtskonforme Konfliktlösung, keinesfalls weitere Eskalation und Krieg.

Wir bitten Sie, unsere ernsthafte Besorgnis den ukrainischen Behörden zur Kenntnis zu bringen.

Bei der Mahnwache geben wir Ihnen gerne weitere Informationen und stehen auch für ein Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Gernot Lennert, Landesgeschäftsführer DFG-VK Rheinland-Pfalz und DFG-VK Hessen

Mehr dazu: www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ruslan-kotsaba/

Zum jüngsten Überfall auf Ruslan Kozaba:

<https://wri-irg.org/en/story/2021/ukraine-wri-stands-solidarity-ruslan-kotsaba-who-was-brutally-assaulted-neo-nazi-group>

<https://wri-irg.org/es/articulo/2021/ucrania-la-irg-se-solidariza-con-ruslan-kotsaba-quien-fue-brutalmente-atacado-por-un>

<https://taz.de/Kriegsdienstverweigerer-in-der-Ukraine/!5783127/>